Zeitschrift: Plan : Zeitschrift für Planen, Energie, Kommunalwesen und Umwelttechnik = revue suisse d'urbanisme

Herausgeber: Schweizerische Vereinigung für Landesplanung

Band: 25 (1968)

Heft: 2

Artikel: Präsidialansprache anlässlich der Generalversammlung der RPGNW vom 24. Nov. 1967 in Baden

Autor: Killer, J.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-783069

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Villen — die psychologischen Beziehungen verarmen, zu Eintönigkeit und Vereinsamung führen, statt zu Abwechslung, Aufregung und Vielfalt.
— Der Soziologe soll uns sagen, ob es nachteilig ist, wenn ein Dorf nur Wohn- und Schlafort, ein anderes überwiegender Industrieort ist.

Der Soziologe kann uns mahnen, ob der Erholung und Freizeit genügendes und richtiges Augenmerk geschenkt ist. Wenn ich den Siedlungsplan der Region Baden betrachte, in welchem die Gemeinden fast ihre ganze überbaubare Fläche baulich nutzen wollen, hege ich einige Bedenken.

Der Soziologe wird

— Erhebungen anstellen
— das menschliche Verhalten studieren
— die Entwicklung von Planungsmassnahmen prüfen.

Eine Hauptschwierigkeit wird darin bestehen, dass die empirische Soziologie in der Schweiz noch wenig entwickelt ist.
Der Oekonom hat die wirtschaftlichen Fragen zu prüfen: Einkommen, Produktivität, Steuerkraft usw.
Er wird auch abklären, was man ökonomisch steuern kann. Ich denke an rationelle Landerschliessung, vermehrte Industrialisierung, Aenderungen am Zonenplan usw.
Der Oekonom soll auch den öffentlichen Finanzhaushalt in die Untersuchungen einbeziehen.
Kann die Oeffentlichkeit die kommenden Aufgaben finanziell verkraften? Wenn nicht, welche Möglichkeiten hat sie? Ich glaube auch, dass ein privatwirtschaftlicher Oekonom bei der Erstellung des öffentlichen Finanzplanes wertvolle Gedanken beisteuern kann.

Der Jurist oder Volkswirtschafter hat abzuklären,

— die rechtlichen Fragen: Welche Rechtsformen sind für die überkommunale oder regionale Zusammenarbeit zweckmässig?
— welche politischen Fragen treten auf, wie können sie gelöst werden?

Dieses Planer-Team von vier bis fünf Fachleuten erhält den Auftrag und das Pflichtenheft von der RPG, was nicht ausschliesst, dass die Aufgabenstellung im Gespräch mit den betreffenden Fachleuten bereinigt wird. Ich will nicht verhehlen, dass die Fragestellungen nicht einfach sind, zumal im soziologischen und ökonomischen Bereich, wo noch wenig interdisziplinäre Planungsarbeit geleistet wurde.
Nach der Aufgabenstellung obliegt es meines Erachtens dem Architektenplaner, der grundsätzlich im Team für den Ueberblick und die Koordination zu sorgen hat, ein Arbeitsmodell aufzustellen. Auf der Basis dieses Arbeitsmodelles kann dann die Teamarbeit starten.
Die Arbeit des technischen Teams soll meines Erachtens von einem beratenden Gremium begleitet werden, das aus Persönlichkeiten mit überkommunalem Wissen und Willen zusammengesetzt ist.

d) Ich komme zum Schluss:

Das Ziel der RPG Baden ist ein grosser Versuch auf freiwilliger Ebene, ohne Gesetzeszwang.
Es geht darum, in einer Region voll Entwicklung und Vitalität nicht den Zufall und den Gemeindeegoismus in die Mitte zu stellen, sondern den Menschen und die Gemeinschaft aller.

Der Ruf und die Einladung zur Mitarbeit gehen an die Regionsbewohner und besonders an ihre Behörden. Von den Gemeinderäten hängt massgebend der Erfolg des grossen Versuches ab. Sind sie bereit, nicht nur ihre Gemeinde zu sehen, sondern auf den höchsten Berg der Region zu steigen und aus der Gesamtschau der Region heraus zu handeln?

Das grosse Experiment ist ein Wagnis, aber auch die Chance für die Region und ihre Zukunft.

Von Dr.-Ing. J. Killer, Baden

Präsidialansprache anlässlich der Generalversammlung der RPGNW vom 24. Nov. 1967 in Baden

Rückblick — Ausblick

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir tagen heute in Baden, dem Ort wo im Jahre 1947 die erste schweizerische Regionalplanungsgruppe gegründet wurde. Ausgangspunkt hierfür war ein Aufsatz, den der Sprechende im Januar 1945, also kurz vor Kriegsende, in den Badener Zeitungen veröffentlichte, und in dem die Probleme der Zusammenarbeit der immer mehr zusammenwachsenden Gemeinden um Baden behandelt wurden. Kurz darauf wurde die Regionalplanungsgruppe Nordwestschweiz in Basel gegründet, in die der Sprechende ohne dessen Wissen in den Vorstand berufen wurde. So fühlte ich mich verpflichtet, auch in meinem engeren Raum in planerischer Richtung etwas zu unternehmen.
Nach verschiedenen Vorarbeiten konnte dann im April 1947 die Regionalplanungsgruppe Baden und Umgebung gegründet werden. Diese kann sich also in diesem Jahr über das 20jährige Bestehen ehrlich freuen, wozu sie dank der geleisteten Arbeit allen Grund hat.

Im Rückblick muss ich gestehen, dass wir damals noch keine Ahnung hatten, wie man eine Regionalplanung in Angriff nehmen soll. Der Zugang zu der einzigen damals schon bestehenden Planungsgruppe im näheren Ausland, dem Ruhrsiedlungsverband, war infolge der Nachkriegszeit noch verschlossen. Damals glaubten wir, wenn überall Bauordnungen und Zonenpläne in den Gemeinden eingeführt seien, die eine optimale Ausnützung von Grund und Boden und eine sinnvolle und harmonische Bebauung vorschreiben, dass dann die Regional- und Landesplanung in gutem Sinn gelöst sei. Wir hofften auf eine schnelle Einführung von entsprechenden schweizerischen Gesetzen. Etwa fünf der damals Unentwegten besuchten im Sommer 1947 den schweizerischen Juristentag in Engelberg, dessen Vorträge der Landesplanung gewidmet waren. Mit gesenktem Haupt verliessen wir Engelberg, als besonders die Diskussionsredner eine Beschneidung der vorgeschlagenen Entwürfe forderten. Wir glaubten damals, dass in erster Linie Gesetze erforderlich seien, um die Probleme zu lösen.
Heute, nach 20 Jahren, müssen wir feststellen, dass noch kein schweizerisches Gesetz über Landesplanung besteht, und dass erst in einigen Kantonen Ansätze von Baugesetzen bestehen, nach welchen die Gemeinden gezwungen werden können, die Vorschläge der einzelnen regionalen Planungsgruppen zu übernehmen. Heute besteht einzig ein Entwurf für einen Verfassungsartikel, der nun die üblichen Prüfstellen durchlaufen muss, bis er abstimmungsreif ist. Auf alle Fälle dürfte es noch einige Jahre dauern, bis ein eidgenössisches Gesetz über Landesplanung in Kraft tritt. Selbstverständlich ist ein Gesetz, das den landesplanerischen Rahmen umschreibt und die Kompetenzen abgrenzt, wichtig. Die Erfahrung lehrt aber, dass Aufklärung in einer Demokratie genau so wichtig ist, wie das Gesetz selbst. Uebrigens ist es doch so, dass der Annahme eines Gesetzes auch eine bestimmte Aufklärung vorangegangen sein muss.
Die Aufklärung scheint überhaupt ein Punkt zu sein, der viel zu wenig beachtet wird. Tatsache ist, dass ohne eingehende Aufklärung — sei es durch Vorträge oder durch die Veröffentlichung von Aufsätzen und Berichten in der Presse — die Planungsaufgaben im Raume Baden nicht so hätten gelöst werden können, wie es tatsächlich der Fall war.

Wo stehen wir nun heute?

In den meisten Gemeinden sind Bauordnungen und vielfach auch Zonenpläne eingeführt worden. Glaubten wir vor 20 Jahren, dies sei das Höchste, was wir erreichen müssten, so müssen wir heute feststellen, dass wir erst am Anfang einer neuen, viel wichtigeren und schwierigeren Periode stehen, ja sogar am Beginn einer neuen Gesellschaftsordnung.
Was niemand nach Kriegsende vorausgesehen hat, ist die rapide Entwicklung der Forschung und der daraus resultierenden Industrialisierung und Rationalisierung. Ein Hauptgrund hierfür dürfte wohl auch die Spannung zwischen Ost und West sein. Jeder einzelne kann selbst feststellen, wie sich die Erhöhung des Lebensstandards bei ihm auswirkt.
Nur ein Beispiel: Hatten wir vor dem Kriege in der Schweiz 70 000 Autos und sah eine schweizerische Kommission für den Ausbau unseres Fernverkehrstrassennetzes im Jahre 1942 einen maximalen Bestand von 200 000 Autos vor, so sind es heute bereits über eine Million. Jeder sechste Schweizer besitzt heute seinen Wagen. Nach amerikanischem Masstab gerechnet, wird dereinst auf jeden zweiten Einwohner ein Auto entfallen.

Bevölkerungsbewegung

Wir stellen fest, dass in gewissen Gebieten die Bevölkerung konstant bleibt, oder sogar abnimmt. Die Industrialisierung und deren Rationalisierung nimmt immer grössere Formen an. Der Grund hierfür ist die internationale Konkurrenz, die heute weltumspannend wirkt, und bei der man mitmachen muss oder sich als ausgeschaltet betrachten muss, was unweigerlich zur Herabsetzung des Lebensstandards führt. Was dann folgt, wenn das jährliche Wachstum der Industrie nicht mehr dem Durchschnitt der europäischen Länder entspricht, zeigt in den letzten Tagen gerade England, das unter den europäischen Ländern den weitaus kleinsten jährlichen Zuwachs des Bruttosozialproduktes hat, aus diesem Grund immer grössere Schwierigkeiten bekam, was dann zu einer Abwertung des Pfundes führte.
Wir selbst profitieren bis jetzt vielfach noch von unseren gesunden politischen Verhältnissen und davon, dass wir im Kriege verschont blieben. Dass es aber in den alten, eingelaufenen Geleisen nicht mehr weitergehen kann, und dass neue Ueberlegungen hergehören, zeigen die grossen finanziellen Defizite von Kantonen und Bund, die man nicht erwartet hatte. Man vergass, dass durch den steigenden Lebensstandard die Ansprüche an die Oeffentlichkeit immer grösser werden. Ob dies nun den Sektor des Verkehrs, der Bildung und Erziehung, der Kultur, des Sportes oder der Versorgung betrifft, sie alle müssen den neuzeitlichen Anforderungen angepasst werden.

Streubauweise

Was heute ganz und gar nicht befriedigt, ist die Streubauweise, wo überall im freien Gelände Häuser erstellt werden. Wohl wird durch die Zonenpläne ausgeschieden, in welchen Gebieten Einfamilienhäuser erstellt, mehrgeschossig gebaut, oder wo das Gewerbe und die Industrie angesiedelt werden dürfen. Es zeigt sich aber immer mehr, dass durch die Zonenpläne ein viel zu grosses Gebiet ausgeschieden wird. Auf diese Weise ist ein wirtschaftliches Bauen gar nicht möglich, abgesehen davon, dass unser Land im Laufe der Zeit vollständig mit Häusern übersät würde. Sinnvoll wäre es, Haus an Haus zu bauen und eine Bauzone erst dann wieder zu erweitern, wenn das ausgeschiedene Baugebiet vollständig ausgeschöpft ist.

Wie sieht nun aber die Zukunft aus?

Wir stellen fest, dass die Forschung und die Industrialisierung weiter gehen. Durch das dauernde Forschen wird auch das jährliche Wachstum des Bruttosozialproduktes zunehmen. Bei einem jährlichen Wachstum von 3 Prozent wird in 25 Jahren der Reallohn etwa doppelt so hoch sein wie heute und in 50 Jahren etwa das Vierfache betragen. Professor Jöhr von der Handelshochschule St. Gallen hat errechnet, dass bei einer jährlichen Zunahme von nur 2 Prozent der Reallohn in 100 Jahren etwa das Siebenfache des heutigen betragen dürfte. Diese Zahlen und Ueberlegungen mögen vielleicht utopisch erscheinen. Die

Aelteren unter uns mögen sich vielleicht daran erinnern, wie gering der Lebensstandard noch vor dem Ersten Weltkrieg war. Seit dieser Zeit ist der Lebensstandard etwa um das Zweieinhalb- bis Dreifache gestiegen, und seit Beginn der Industrialisierung — also seit ungefähr 100 Jahren — um das Fünffache. Mancher wird sich vielleicht fragen: «Wozu all diese Ueberlegungen? Uns geht es ja gut.» Und doch sind sie sehr wichtig, vor allem für die Abklärung aller künftig notwendigen öffentlichen Einrichtungen, wie des Verkehrs, der Versorgung, der Bildung usw. Wir müssen uns im klaren sein darüber, dass die bisherigen Methoden, die meistens auf Erfahrung basierten, nicht mehr genügen, und dass es eines vermehrten Studiums bedarf, respektive einer Zukunftsforschung, um alle aktuellen Probleme zu lösen, die für die Planung nötig sind.
Wie auch in anderen Ländern der heutige Zeitabschnitt, den wir durchleben, betrachtet wird, geht aus folgender Aeusserung des bekannten amerikanischen Journalisten Walter Lippmann hervor. Er schreibt: «Wir durchleben derzeit das Schlusskapitel einer überkommenen Lebensweise. Wir stecken in den frühen Anfängen eines Kampfes, der wahrscheinlich Generationen währen wird, zur Neuschaffung unserer Kultur. Es ist keine gute Zeit für kleinkarierte Politiker. Es ist eine Zeit für Propheten und Führer und Erfinder und Pioniere, und für all jene, die willens sind, Bäume zu pflanzen, unter denen ihre Kinder dereinst sitzen können.»

Welches sind nun die künftigen Aufgaben der Planung?

Wie kann sich die Planung einschalten?

1. Sollte einmal untersucht werden, wie sich die stetige Steigerung des Lebensstandards auf das Leben des einzelnen Menschen auswirkt, und welches die Ansprüche an die Oeffentlichkeit sind.
2. Aus diesen Untersuchungen kann dann auch hervorgehen, was für Anlagen für den Verkehr, die Versorgung, für die Bildung und für Kultur und Sport in gewissen Zeitabständen notwendig sind.
   Vergleichsweise sei mitgeteilt, dass nach groben Ueberlegungen der heutige Mensch gegenüber dem Jahr 1910 etwa das 12- bis 15fache an Kilometern jährlich zurücklegt,
   dass für den heutigen Menschen gegenüber 1910 etwa das Fünffache an Tonnenkilometern Güter transportiert werden.

Wo werden künftighin die Menschen wohnen?

Man schätzt bekanntlich die künftige Bevölkerung für die Schweiz auf 10 Millionen Einwohner. Ob diese Zahl schon in 50 oder erst in 80 Jahren erreicht sein wird, ist unwesentlich; wichtig ist allein, dass man sich eine Vorstellung davon macht. Wir können aus der bisherigen Bevölkerungsbewegung innerhalb der Schweiz schon jetzt feststellen, dass sich ungefähr die Hälfte der schweizerischen Bevölkerung im Raume Mittelland, der umgrenzt wird von den Städten Schaffhausen — Winterthur — Zug — Luzern — Langenthal — Solothurn — Basel, ansiedeln wird. Die Verkehrsgunst in diesem Raum durch das Eisenbahnnetz, die neuen Nationalstrassen, die Flugplätze Basel und Zürich, ist so gross, dass nur durch diktatorische Befehle eine weitere Besiedlung verhindert werden könnte, was selbstverständlich undenkbar ist.
Dazu kommen die vielen Bildungsstätten, wie Mittelschulen, Gymnasien, Ingenieurschulen, Universitäten, Hochschulen und Fachschulen aller Art. Diese Bildungsstätten sind eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine gute Entwicklung der schweizerischen Mittellandstadt. Die Frage, welche Täler am bevorzugtesten sein werden, taucht ebenfalls auf.

Wie werden künftighin die Menschen wohnen?

Wir wissen, dass der Anspruch des einzelnen bezüglich Wohnraum immer grösser wird. In Finnland rechnet man heute pro Bewohner 25 m^2 Wohnfläche, und für das Jahr 1990 40 m^2. Ob dies zutreffen wird, wissen wir nicht. Wir können jetzt nur feststellen, dass unsere Wohnungen immer grösser werden. Die Erfahrung lehrt, dass in Wohnblocks mit Eigentumswohnungen die grössten zuerst verkauft werden. Wenn aber die Wohnfläche pro Einwohner immer grösser wird, dann werden bei der gleichen Ausnützungsziffer auf die Hektar Landfläche immer weniger Menschen wohnen, was wir uns infolge des immer knapper werdenden Bodens nicht leisten können.
Die Erweiterung der reinen Verkehrsanlagen — Strasse und Eisenbahn — und der Versorgungsanlagen wie Wasser, Abwasser, Gas, Elektrizität, Telefon, lassen sich verhältnismässig leicht studieren und in einem Plan festlegen. Schwierigkeiten in der Realisierung treten hier weniger auf, sind es doch Bedürfnisse, die der Mensch für die Abwicklung des heutigen zivilisierten Lebens unbedingt benötigt.

Besiedlung

Die grossen Probleme stellt die Besiedlung selbst dar. Alles andere, was wir vorher erwähnten, wie die Versorgungs- und Verkehrspläne, stellen nur das Gerippe der Besiedlung dar. In einem Lande, wo die Eigentumsverhältnisse so schwierig und gleichzeitig so wichtig sind wie bei uns, wird es ausserordentlich schwer sein, einen in die Zukunft weisenden, vertretbaren Weg aufzuzeigen.
Wenn wir auf eine Anhöhe steigen und die seit Kriegsende — also seit Bestehen der Landesplanung — neu überbauten Flächen betrachten und feststellen, wie gross diese sind und uns gleichzeitig ein Bild machen, wie es in weiteren 20 bis 30 Jahren sein wird, und wir uns den grossen Wohnbedarf, vor allem aber auch den Bedarf an Industrieflächen für die immer menschenleerer werdenden Fabriken vor Augen führen, dann kommen wir zum Schluss, dass es so nicht mehr weitergehen darf und dass hier etwas geschehen muss. Bedingung wird sein, dass wir immer dichter zusammen wohnen müssen. Wir werden uns mit der Zeit den ungeheuren Verschleiss an Land nicht mehr leisten können. Auch müssen wir bedenken, dass all die grossen Baugebiete mit den vielen dazwischenliegenden, unbebauten Flächen, die von den Besitzern zum Bauen nicht freigegeben werden, eines viel zu grossen Einsatzes an Strassen und Versorgungsleitungen aller Art bedürfen. Das heisst, die Gemeinden müssen zu viel Geld für die Erschliessung des Landes ausgeben. Auf der anderen Seite kann Land, das zwischen den Häusern liegt, heute im Zeichen der modernen landwirtschaftlichen Bearbeitung auch nicht mehr richtig genutzt werden.

Baumethoden

Infolge des immer mehr steigenden Lebensstandards und der hohen Löhne werden wir gezwungen werden, ob wir wollen oder nicht, viel rationeller zu bauen, das heisst, wir dürfen Einzelanfertigungen nur noch in besonderen Fällen, wo dies nicht zu umgehen sein wird, vornehmen. Die Wohnungsmieten — um nur ein Problem zu nennen — können nur dann niedrig gehalten werden, wenn die Wohnungen in grossen Serien erstellt werden können. Wenn wir aber in den Zonenplänen die noch freien Baulandstücke betrachten, so gibt es wegen der Streubauweise wenig zusammenhängende Flächen, die eine Grossüberbauung rechtfertigen würden.

Bisher war es doch so, dass nur das Einzelobjekt als solches behandelt wurde, künftighin müssen wir in der Gestaltung mehr städtebaulich denken. Das Ganze muss sich in einen harmonischen Rahmen einfügen. Wir müssen so bauen, dass jeder in seiner Siedlung sich wohl fühlt, dass er ein Zuhause hat oder, nach dem Soziologen Mackensen, ein Refugium hat, in das er sich zurückziehen kann. Vom Staatsgedanken aus ist es dringend notwendig, dass die Wohnungen so gebaut werden, dass sie für den Bürger sein Reich, seine Heimat werden. Es darf nicht sein, dass einer nur zur Not in eine Blockwohnung zieht, nur weil es nicht anders möglich ist.

Natur- und Heimatschutz

Was bei der Besiedlung unbedingt beachtet werden muss, ist der Heimat- und Naturschutzgedanke. Alte, bestehende Dorf- und Stadtkerne sollen erhalten und historisch getreu restauriert werden. Sie können die kulturellen Zentren der Gemeinden und der Gemeinschaft werden. Nicht umsonst fühlen sich die Menschen in ihren Mauern behaglicher — vielleicht infolge der steten Abwechslung der Baustile, und der Kleinmasstäblichkeit des Bauschaffens verschiedener Jahrhunderte.

Landschaft

Dann soll der Erhaltung der Landschaft eine immer grösser werdende Bedeutung beigemessen werden. Wir dürfen doch unsere Landschaft nicht nur vertechnisieren, sondern wir müssen auch daran denken, dass der heutige Mensch je länger je mehr das Bedürfnis hat, sich in der freien, unberührten Landschaft zu erholen.

Verwaltung

Es treten noch andere Probleme auf. Im Mittelland wachsen durch die Entwicklung immer mehr Gemeinden zusammen. Wie sollen all die Probleme gelöst werden, die die Gemeinden gemeinsam betreffen? Die moderne Zivilisation stellt so grosse Ansprüche selbst an die kleinsten Gemeinden, dass man sich oft wundern muss, dass alles noch so gut geht. Wohl müssen sie sich in Strassen-, Wasser- und Schulfragen nach den Vorschriften der kantonalen Verwaltungen richten, aber wo bleibt dann noch die Gemeindeautonomie?
Man muss sich daher tatsächlich fragen, ob es nicht sinnvoller wäre, grössere Gebiete zu einer Verwaltungseinheit zusammenzufassen, damit für die einzelnen Probleme entsprechende Spezialisten beschäftigt werden könnten. Es ist uns bekannt, dass in Schweden bis zum Jahre 1975 keine Gemeinde mehr mit weniger als 8000 Einwohnern existieren soll. Aehnliche Tendenzen zeichnen sich in unserem nördlichen Nachbarland ab. Dabei sind sich gerade die einzelnen deutschen Landesplanungsgruppen der Schwierigkeiten bewusst, die hierbei zu überwinden sein werden. Auch bei der Neueinteilung der Landkreise darf nicht vergessen werden, dass die Gemeindegrenzen vielfach durch historische Begebenheiten, durch die Konfession oder dergleichen mehr bedingt sind.
Aus der aufgezeigten Entwicklung ergibt sich, dass die Landes- und Regionalplanung auch in Zukunft grosse Aufgaben zu erfüllen hat. Demnächst soll auf eidgenössischer Ebene eine Stiftung für Landschaftsschutz, der die VLP, der Naturschutz und der Heimatschutz angehören, ins Leben gerufen werden.
Unsere Gruppe Nordwestschweiz hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten versucht, verschiedene Aufgaben durch Kommissionen zu lösen. Erwähnt sei nur diejenige für die Untersuchung interkantonaler Gewässer, die Hochhauskommission usw. Neue Aufgaben ganz anderer Art zeichnen sich nun ab.
Ich möchte schliessen mit dem Wunsch, dass der Vorstand und der Ausschuss bald sichten und klären mögen, auf welchen Gebieten unsere Organisation weiter mithelfen kann zur gedeihlichen Entwicklung unseres Landes.